

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

- (1) Der Fall Li Shuang belastet das chinesisch-französische Verhältnis

Die administrative Verurteilung der am 9. September 1981 verhafteten 25jährigen Malerin Li Shuang zu 2 Jahren "Erziehung durch Arbeit" (laojiao) hat im November zu einer Verschlechterung der chinesisch-französischen Beziehungen geführt. Die Verurteilung der mit dem französischen Diplomaten Emmanuel Bellefroid verlobten Künstlerin wurde genau zu dem Zeitpunkt bekannt, als der französische Außenhandelsminister Michel Jobert am 6. November 1981 zu einem offiziellen Besuch in Beijing eintraf. Als Jobert während eines Treffens mit Ministerpräsident Zhao Ziyang am 9. November die Affäre ansprach, weigerte sich Zhao, über die "innerchinesische Angelegenheit" zu diskutieren und beschuldigte seinerseits den bereits am 23. Oktober nach Paris abgereisten französischen Diplomaten, chinesische Dissidenten finanziert und propagandistisch unterstützt zu haben. Er blieb jedoch nicht nur Beweise dafür schuldig, sondern auch eine Erklärung, warum die Malerin in ein Arbeitslager verschickt wurde. Zhao sagte lediglich, daß zwischen den Vorwürfen gegen den Diplomaten und der Festnahme von Li Shuang "kein Zusammenhang" bestehe. Der derart brüskierte Jobert sagte daraufhin zwei Gespräche mit chinesischen Fachministern ab und bedauerte in einer Pressekonferenz, unter solchen Voraussetzungen überhaupt nach Beijing gekommen zu sein: "Ich hätte meine Reise verschoben, wenn ich vorher über diesen Zwischenfall (d.h. die Verurteilung Li Shuang) informiert gewesen wäre." In einem Gespräch mit Deng Xiaoping am 10. November brachte Jobert seine "Enttäuschung" über die Verurteilung von Li Shuang erneut zum Ausdruck. Deng soll daraufhin die Angelegenheit als einen "bedauerlichen Zwischenfall" bezeichnet haben. Deng gab jedoch in keiner Weise zu erkennen, ob auf chinesischer Seite an eine Revidierung des Urteils gedacht wird. Nach seiner Rückkehr nach Paris erklärte der französische Außenhandelsminister am 12. November, daß er sich durch die chinesische Haltung "beleidigt" fühle: "Wenn man jemanden einlädt, dann doch nicht, um ihn zu beleidigen... Ich hätte niemals geglaubt, daß die Chinesen so plump und so ungeschickt sein würden, diese Maßnahme in eben dem Augenblick zu treffen, wo ich in China eintraf." Jobert machte deutlich, daß der Fall Li Shuang keine Priorität über die in Beijing geführten Wirtschaftsgespräche erlangt habe, da er von der Entscheidung erst erfahren habe, nachdem die wichtigsten Gespräche bereits geführt worden seien. Er glaube jedoch, daß die Affäre sehr wohl schädliche Auswirkungen auf den chinesisch-französischen Handel haben

könne. Zuvor hatte der französische Außenminister Claude Cheysson bereits am 10. November erklärt, daß die Verurteilung von Li Shuang die Beziehungen zwischen Paris und Beijing "in Mitleidenschaft gezogen" hätte.

Der französische Diplomat Emmanuel Bellefroid hatte Li Shuang im Sommer 1980 bei einer Ausstellung der Amateurmalergemeinschaft "Sterne" (Xingxing huahui) kennengelernt. Die Künstlergruppe, zu deren Mitgliedern auch Li Shuang zählte, mußte sich in der Vergangenheit bereits wegen abstrakter und expressionistischer Tendenzen offizielle Kritik gefallen lassen. Als Mitglied einer nicht-offiziellen avantgardistischen Gruppe von Malern zählte Li Shuang zum Umfeld der "demokratischen Opposition". Bellefroid wiederum hatte sich seit 1978/79 intensiv mit dem Studium der chinesischen Dissidentenbewegung befaßt und - wie viele Diplomaten und Journalisten auch - die Publikationen der verschiedenen Gruppen der "demokratischen Opposition" abonniert. Im Juni 1981 beschlossen Emmanuel Bellefroid und Li Shuang zu heiraten, und Li Shuang zog im Juli in die Wohnung des französischen Diplomaten im für Ausländer reservierten Apartmentkomplex im Norden Beijings. Während Bellefroid behauptet, daß das chinesische Außenministerium am 4. September die Heirat offiziell genehmigt habe, bestreitet die chinesische Seite dies. Nach chinesischer Darstellung soll Bellefroid bereits im Mai 1981 um eine offizielle Heiratslaubnis ersucht haben. Diese sei jedoch nicht gewährt worden, weil "Li Shuang rowdyhaftes Benehmen damals bereits die öffentliche Ordnung gefährdet hat". Daraufhin habe - so die chinesische Version weiter - Bellefroid in Ausnutzung seines Diplomaten-Status Li Shuang für zwei Monate in seiner Wohnung versteckt.

Nachdem Bellefroid am Vormittag des 9. September zu einem Kurzaufenthalt nach Hongkong geflogen war, wurde Li Shuang am Nachmittag des gleichen Tages am Eingangstor zum Ausländerviertel von mehreren Polizisten in Zivil überwältigt, mit Gewalt in einen bereit stehenden Jeep gezwängt und an einen unbekanntem Ort verbracht. Die französische Botschaft in Beijing, die sofort intervenierte, wurde wochenlang im Unklaren gelassen, bis man schließlich zu verstehen gab, daß Li Shuang durch ihren Aufenthalt in der Diplomatenwohnung "Sitten und Gesetze der Volksrepublik China verletzt" habe. Ohne detaillierte Versprechungen zu machen, gaben Funktionäre des chinesischen Außenministeriums jedoch zu verstehen, daß die Affäre gütlich gelöst werden könnte, wenn Bellefroid Beijing verlassen würde. So soll der stellvertretende chinesische Außenminister Zhang Canming erklärt haben, daß die Affäre "sehr schnell" geregelt werden könne, wenn Bellefroid aus China ausreisen würde. In der Hoffnung auf ein der-

art angedeutetes Entgegenkommen der chinesischen Seite verließ der französische Diplomat am 23. Oktober die Volksrepublik China. Doch anstatt Li Shuang freizulassen und ihr die Ausreise zwecks Heirat mit Bellefroid zu genehmigen, verurteilten die chinesischen Sicherheitsbehörden die junge Malerin zu 2 Jahren "Erziehung durch Arbeit". Die formale Begründung: Li Shuang habe Delikte begangen, die nach Artikel 1 des Erlasses des Staatsrats über Erziehung durch Arbeit entsprechend bestraft werden müßten (Siehe C.a., Februar 1980, S.157).

Der eigentliche Grund für die Verhinderung der Heirat zwischen Emmanuel Bellefroid und Li Shuang und die Bestrafung der Künstlerin dürfte darin zu sehen sein, daß beide Kontakte zur heute verbotenen "demokratischen Opposition" hatten. In dieser Frage dürfte der Diplomatenstatus in chinesischen Augen noch als erschwerend hinzugekommen sein. Darüber hinaus wollten die chinesischen Behörden wahrscheinlich ein Exempel an einer Person statuieren, die die internen "Vorschriften über den Umgang mit Ausländern" (Waishi jülü tiaolie) sehr wahrscheinlich mißachtet hatte: Diese nicht veröffentlichten Vorschriften schränken die Kontakte zu Ausländern streng ein, indem sie u.a. jeglichen Kontakt zu Ausländern von der Zustimmung der Leitung der jeweiligen "Einheit" abhängig machen. Obwohl Heiraten zwischen Chinesen und Ausländern (insbesondere zwischen einer chinesischen Frau und einem Ausländer) und vor allem ein voreheliches Zusammenleben den chinesischen Gepflogenheiten und Sitten an sich völlig zuwiderlaufen, scheint es sich bei dem Fall Li Shuang/Bellefroid nicht primär um ein "Heiratsproblem" zu handeln. Noch vor kurzem durfte nämlich ein französischer Botschaftswachtposten eine chinesische Arbeiterin ehelichen.

(Quellen: Le Monde, 10., 12., 14., 17.11.81; Zhengming, Nr.50, S.24-30; XNA, 13.u.16.11.81; AFP, 12.11.81, nach MD, 13.11.81; SZ, 11.11.81; FR, 11.11.81; NZZ, 12.11.81; H.Opletal, in: HAZ, 28./29.11.81)
-sch-

(2) Der U-Boot-Zwischenfall vor Schweden: weiteres Beweisstück für Angriffsvorbereitungen auf Europa. Dänischer Besuch in China

Am 27. Oktober drang ein sowjetisches U-Boot vom Typ U-137 in die schwedische militärische Sperrzone von Karlskrona, einem Flottenstützpunkt in Südschweden, ein, verding sich dort in den Schären und wurde am nächsten Tag eher zufällig entdeckt. Am 5. November protestierte Schweden in einer Note an Moskau gegen die Verletzung seiner Hoheitsgewässer und wies darauf hin, daß das U-Boot vermutlich mit einem oder mehreren

Kernsprengköpfen bestückt sei, da Untersuchungen am Bug des Bootes auf das Vorhandensein von Uran 238 schließen ließen.

Aus der Sicht Beijings, das dieses Ereignis propagandistisch nach allen Regeln der Kunst "ausschlachtete", handelt es sich hier um einen weiteren Beweis dafür, daß die Sowjetunion eine militärische Expansion in Richtung Nordeuropa plant. Seit Jahren verstärkte Moskau in Nordeuropa seinen militärischen Aufmarsch, dehne seine Militärbasen aus, baue strategische Wasserstraßen und ziehe ein gewaltiges Waffenarsenal zusammen. Die Infiltration Nordeuropas und der Südfanke Europas, der Vorstoß in den Mittleren Osten und in den Per-sischen Golf stünden in einem geschlossenen strategischen Zusammenhang.

Auf der Halbinsel Kola sei der größte Stützpunkt der Welt für Marine, Heer und Luftwaffe aufgebaut worden. Die größte der vier sowjetischen Flotten, nämlich die Nordmeerflotte, sei in Murmansk auf der Halbinsel Kola stationiert. Sie umfasse 170 U-Boote, zwei Drittel aller der mit Interkontinentalraketen bestückten U-Boote, den Flugzeugträger "Kiew" und über 100 weitere Kriegsschiffe. Jährlich vergrößere sich die Flotte um zwei bis drei Großeinheiten. Um Murmansk seien Backfire-Bomber und SS-20-Raketen stationiert, die nicht nur Nord-europa, sondern Gesamteuropa bedrohten. Der Warschauer Pakt unterhalte in der Ostsee - gern "Meer des Friedens" genannt - 560 Kriegsschiffe, einschließlich 6 mit Atomraketen bestückter U-Boote der G-Klasse und 14 Landstreitkräfte sowie eine Luftlandedivision von insgesamt 150.000 Mann. Außerdem seien in diesem Bereich über 700 Jagdflugzeuge stationiert, die regelmäßig in den dänischen und schwedischen Luftraum eindringen; auch die Verletzung nordeuropäischer Küstenzonen durch "unbekannte" U-Boote gehöre schon zum Alltag. Seit Anfang 1980 habe es in Schweden allein 17 solcher Zwischenfälle gegeben - von den Dunkelziffern ganz zu schweigen. Seit Juni 1980 habe der Warschauer Pakt mindestens sechs Manöver in der Ostsee veranstaltet; beim letzten waren rund 100.000 Mann und 140 Kriegsschiffe gegen den "hypothetischen Feind" eingesetzt. Nordeuropa werde auch mit einem Netz von Spionen überzogen. Des weiteren erhebe die Sowjetunion Territorialansprüche, so z.B. verlange es von Norwegen rund 150.000 qkm des Kontinentalschelfs in der Barentssee. Gegenüber Schweden beanspruche die Sowjetunion einen Schelfbereich vor der schwedischen Insel Gotland.

Gleichzeitig scheue sich Moskau nicht, eine kernwaffenfreie Zone in Nord-europa zu fordern - und dies im Nachbarbereich der von Raketen starrenden Halbinsel Kola! (XNA, 6., 9., 20. und 21.11.81) Zu Recht habe Stockholm alle Ausreden der Sowjetunion als pure Heuchelei zurückgewiesen (RMRB, 14.11.81). Die Sowjetunion habe die Ostsee immer schon als Binnenmeer angesehen und mißachte deshalb sogar militärische Sperrzonen der nordeuropäischen Länder.

Besorgnisse über die sowjetische Nordeuropa-Strategie hatten chinesische Spitzenpolitiker bereits gegenüber Anker Jörgensen gezeigt, der vom 19. bis 29. Oktober China besucht hatte. Jörgensen war der zweite dänische Ministerpräsident nach Poul Hartling, der 1974 nach Beijing gekommen war. Bei dem Besuch wurde auch ein Programm über die wissenschaftliche, erzieherische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern für den Zeitraum 1982/83 unterzeichnet (XNA, 23.10.81).

Beijing versäumte auch nicht, norwegische Stimmen zum U-Boot-Zwischenfall zu zitieren. Was sich in Schweden ereignet habe, könne sich in Norwegen jederzeit wiederholen - so die Aussage des norwegischen Verteidigungsministers (XNA, 10.11.81).

Am 17. Oktober wurde in Stockholm ein Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, und zwar während der 3. Sitzung der gemischten schwedisch-chinesischen Regierungskommission (XNA, 19.10.81).

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(3) China gratuliert der Regierung der Seychellen zum Sieg über die "südafrikanischen Invasoren"

Ende November landete ein Flugzeug mit rund hundert ausländischen Soldaten auf den Seychellen, um die dortige Regierung zu stürzen. Die Angreifer wurden abgewehrt und flohen mit einer gekaperten Maschine der Air India nach Durban in Südafrika.

Der chinesische Ministerpräsident sandte am 2. Dezember ein Glückwunschtelegramm an den Präsidenten der Seychellen. Es sei ihm gelungen, den "südafrikanischen Rassisten" eine Niederlage beizubringen. Die Südafrikaner bedrohten seit Jahren unabhängige afrikanische Länder wie Angola, Mozambique und Zambia - und hätten mit ihrer Invasion auf den Seychellen bewiesen, daß ihre Expansionsgelüste noch weiterreichten. Möglicherweise habe Südafrika angegriffen, weil ihm die Seychellen nicht die Landung südafrikanischer Flugzeuge erlaube (XNA, 28.11. und 2.12.81).

-we-

ASIEN

(4) Indien und China verhandeln wieder über ihre gemeinsamen Grenzen

Seit dem 7. Dezember verhandelt eine indische Regierungsdelegation in Beijing mit dem chinesischen Außenministerium (Gesprächsführer Han Nianlong) über eine Normalisierung zwischen beiden Staaten, vor allem um den Grenzstreit, der im Oktober 1972 in einen offenen Krieg übergegangen war. China bietet eine Paketlösung an, indem es den Indern Zugeständnisse im Ostsektor (Arunachal Pra-

desh) macht, dagegen die 36.250 qkm im Westsektor, wo die 1955 gebaute Straße von Xinjiang nach Kashmir verläuft, behalten möchte.

Die Gesprächsabsichten beider Staaten hatten konkrete Gestalt angenommen, nachdem der chinesische Außenminister im Juni 1981 Indien besucht hatte (Näheres C.a., Juni 1981, U 4).

Die Gespräche beginnen zu einer Zeit, da es entlang der indisch-pakistanischen Grenzen wieder zu vermehrten Zusammenstößen kommt. Mitte November hatte Generalstabschef Yang Dezhi Pakistan besucht, u.a. auch die im Nordwesten gelegene Stadt Peshawar, wo er auf das Afghanistan-Problem hinwies. Er inspizierte des weiteren einen Außenposten direkt an der pakistanisch-afghanischen Grenze (XNA, 18.11.81). Wie diese Ausrichtung zeigte, wollte der Generalstabschef nur auf die sowjetische Gefahr hinweisen, nicht jedoch auf die indische. Neu-Delhi hat diese Absicht offensichtlich erkannt. Auch weiß man es in Indien zu würdigen, daß Beijing sich bei jeder bietenden Gelegenheit für eine engere Zusammenarbeit zwischen den südasiatischen Ländern, u.a. auch zwischen Pakistan und Indien, ausspricht. Vor allem dann, wenn es zu militärischen Zusammenstößen zwischen den beiden Ländern kommt, oder wenn, wie Ende November 1981, beide Staaten gegenseitig Diplomaten wegen "Spionagetätigkeit" ausweisen, kann eine solche vermittelnde Haltung kaum unwillkommen sein.

Trotz des Simla-Abkommens von 1972 ist auch der Kashmir-Streit neuerdings wieder aufgeflammt. Seit 1947 hält Pakistan ein Drittel von Kashmir und nennt es "Azad Kashmir" (Freies Kashmir), während Indien von "Pakistan-occupied Kashmir" spricht. Auf beiden Seiten der Kashmir-"Kontrolllinie" (so genannt seit dem Simla-Abkommen) stehen heute je rund 100.000 Soldaten.

Da China die Pakistanis in allen wichtigen Positionen ihrer Außenpolitik bedingungslos unterstützt, ist bereits hier ein Konfliktpunkt im indisch-chinesischen Verhältnis gegeben, der sich langfristig nicht gerade günstig auf das Verhandlungsklima niederschlagen dürfte.

Indien verfolgt außerdem seit Jahren mit Argwohn die chinesische Birma-Politik. Wenn überhaupt, so könnte die Volksrepublik aus der Sicht Neu-Delhis unmittelbaren Zugang zum Indischen Ozean nur über Birma erhalten.

Auch angebliche Unterstützungsaktionen der Chinesen für Aufständische im indischen Nordosten sind ein Streitpunkt, der die Verhandlungen nicht gerade begünstigt.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(5) China verhilft einem Vertreter der Dritten Welt zur Übernahme des UNO-Generalsekretärpostens

Vom 27. Oktober bis 15. Dezember 1981

dauerte das Marathon-Tauziehen um die Ernennung/Wiederernennung des UNO-Generalsekretärs.

Die Organisation für Afrikanische Einheit, die aus fünfzig Ländern besteht, wollte diesmal den Tansanier A. Salim zum Kandidaten nominieren. Weitere blockfreie Staaten schlossen sich im September 1981 diesem Votum an.

Der bisherige Generalsekretär, Waldheim, wollte andererseits für eine dritte Amtsperiode kandidieren. Bei den ersten Wahlgängen lagen beide Kandidaten noch Kopf an Kopf, bis dann Salim zurückfiel. Der Wiederernennung Waldheims wäre nun nichts mehr im Wege gestanden, hätte nicht China beharrlich gegen ihn plädiert. Es gehe - so der Vertreter Beijings - nicht gegen die Person Waldheims, sondern es handle sich bei der Abstimmung um einen politischen Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die Manipulation der UNO-Angelegenheiten durch die zwei Supermächte und außerdem für die Gleichberechtigung (XNA, 3.12.81). Vor Beginn der Wahlkampagne hätten viele geglaubt, daß Waldheim siegen werde, da er von den beiden Supermächten unterstützt wurde. Bei Generalsekretärswahlen sei es bislang ja noch allemale die Regel gewesen, daß ein Kandidat, der die Unterstützung beider Supermächte hatte, seiner Wahl sicher sein konnte, auch wenn viele andere Mitgliedsländer hier nicht mitziehen wollten. Damit müsse nun Schluß sein. Die Dritte Welt könne sich nicht länger von zwei Mächten beherrschen lassen. Die blockfreien Länder machten rund zwei Drittel der insgesamt 157 Mitglieder der UNO aus. Im Gegensatz dazu habe sich unter den bisher vier Generalsekretären nur ein einziger Vertreter der Dritten Welt, nämlich der Asiate U Thant, befunden, während die anderen drei von Europa gestellt worden seien. China betrachte sich selbst als ein Land der Dritten Welt und es sei deshalb ganz normal, daß es einen Kandidaten der Dritten Welt unterstütze. Sein Veto gegen Waldheim bedeute keineswegs, daß es ihm Schwierigkeiten bereiten möchte. Aber war Waldheim nicht zehn Jahre lang UNO-Generalsekretär, so daß es nun Zeit sei, einem anderen Platz zu machen? Da die USA fortführen, gegen Salim zu stimmen, wurde schließlich ein anderer Kandidat der Dritten Welt, nämlich der Peruaner Perez de Cuellar gewählt (XNA, 17.11.81).

-we-

INNENPOLITIK

(6) Hu Yaobang auf Inspektionsreise in der Provinz Liaoning

An der Spitze einer Delegation von führenden Planungs- und Wirtschaftsfunktionären aus zehn Ministerien unternahm der Vorsitzende des ZK der KPCh, Hu Yaobang, von Ende Oktober bis Anfang November 1981 eine Inspektionsreise durch die Provinz Liaoning. Die Reise sollte offenbar Vorbildcharakter für Wirtschaftsfunktionäre haben, die - so Hu Yaobang - 70% ihrer Arbeit auf Un-

tersuchungen, Forschung, Überwachung und Motivierung an der Basis verwenden sollen. Die eigentliche Schreibtischarbeit, d.h. der Erlaß von Verordnungen und der Verkehr mit übergeordneten Stellen, soll demnach nur noch 30% des Arbeitsaufwands ausmachen. Insgesamt besuchte Hu Yaobang 16 Basiseinheiten in sechs verschiedenen Orten, darunter auch das Eisen- und Stahlwerk von Anshan.

Im Bezirk Chaoyang sprach sich Hu Yaobang eindeutig für die verschiedenen wirtschaftlichen Verantwortungssysteme in der Landwirtschaft (Arbeitsgruppen-, Haushalts- und Individualquotensystem) aus: An ihrer Existenz werde "nie mehr" gerüttelt werden. Boden, Berge und Flüsse dürften jedoch - so Hu Yaobang - auf keinen Fall in Privateigentum übergehen: Am Gemeineigentum (gongyou) an jeglichem Grund und Boden "wird sich nie mehr etwas ändern". Das Haushaltsquotensystem dürfe nicht mit der Verteilung der Felder an die einzelnen Bauernfamilien verwechselt werden (RMRB, 5.11.81).

Am 31. Oktober traf Hu Yaobang mit den Teilnehmern eines Forums von Parteisekretären der VBA-Einheiten von Shenyang zusammen. Dabei betonte der Parteivorsitzende, daß die Chinesische Volksbefreiungsarmee im vergangenen Jahr unter der Führung des Zentralkomitees und der ZK-Militärkommission bedeutende Fortschritte erzielt habe. Die Armee sei gegenüber der Partei überaus gehorsam. Hu Yaobang forderte die Einheiten zur Intensivierung der ideologischen und politischen Arbeit auf, wobei der Patriotismus und der feste Glauben an die Sache des Sozialismus besonders gefördert werden sollten. Den Militärsoldaten und Soldaten müsse klargestellt werden, daß der Dienst in der Armee eine Pflichterfüllung gegenüber dem Volk und deshalb eine ehrenvolle Sache darstelle (RMRB, 9.11.81).

(7) Zitatenammlung Deng Xiaopings über die "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei"

Das theoretische Organ des ZK der KPCh, die "Rote Fahne" (Hongqi), veröffentlichte am 1. November 1981 eine Zitatenammlung Deng Xiaopings über die "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei" (HQ, 1981, Nr. 21, S. 2-8). Die Bedeutung, die die chinesische Parteiführung diesem Dokument beimißt, wird daraus ersichtlich, daß es nicht nur von der "Volkszeitung" und der "Guangming-Tageszeitung" am 2. bzw. 3. November nachgedruckt wurde, sondern auch als Broschüre erscheinen wird (ebenda, S. 12). In einem begleitenden Artikel bezeichnete die Hongqi-Redaktion die gesammelten Ausführungen Deng Xiaopings als "lebendige Erläuterung der Parteitheorie des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen", als "bedeutende Leitlinie für das politische Leben unserer Partei und unseres Staates" und als eine "ideologische Waffe für den Aufbau der Partei in der neuen historischen Periode" (ebenda, S. 9).

Die Zitatenammlung unter dem Titel

"Genosse Deng Xiaoping über die Verbesserung des Arbeitsstils der Partei" enthält Ausschnitte aus Reden und Gesprächen Deng Xiaopings seit 1977 und ist in folgende vier Teile gegliedert:

1. Die Mao-Zedong-Ideen müssen umfassend und richtig verstanden und angewendet werden.
2. An dem Prinzip, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, muß festgehalten werden.
3. Die guten Traditionen und der Arbeitsstil der Partei müssen wiederhergestellt und weiterentwickelt werden.
4. Kritik und Selbstkritik müssen entfaltet und die Disziplin muß strikt eingehalten werden.

In den ersten drei Teilen der Zitatenammlung wird offenkundig der Versuch unternommen, die Politik der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung als im Einklang mit den "Mao-Zedong-Ideen" darzustellen und damit politisch zu legitimieren. Nur die Teile 3 und 4 behandeln im engeren Sinne das eigentliche Thema "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei". Anhand des Dengschen Zitatenchatzes wird also erneut deutlich, daß die Deng-Fraktion nach wie vor parteiinterne Legitimationsprobleme hat.

Der Argumentation im ersten Teil zufolge müssen die "Mao-Zedong-Ideen" als umfassendes wissenschaftliches System verstanden werden, das unter den neuen historischen Bedingungen weiterentwickelt werden muß. Da die "Mao-Zedong-Ideen" ein wissenschaftliches System darstellten, würden die fehlerhaften, (d.h. unwissenschaftlichen) Auffassungen Maos nicht hierzu zählen, und deshalb sei auch eine Unterscheidung von "richtigen Mao-Zedong-Ideen" und "falschen Mao-Zedong-Ideen" falsch. Es gehe vielmehr darum, an den "grundlegenden Prinzipien" der Mao-Zedong-Ideen und des Marxismus-Leninismus als wissenschaftlichem System festzuhalten und mit ihrer Hilfe die neuen Probleme zu untersuchen und zu lösen.

Im zweiten Teil wird die ideologische Zauberformel der Deng-Fraktion zur Legitimation ihrer Politik, "die Wahrheit in den Tatsachen suchen", zum "Ausgangspunkt und Fundament der Mao-Zedong-Ideen" erklärt. Mao Zedong sei es schließlich gewesen, der den Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution verbunden und die vier Schriftzeichen "Shishi qiu shi" (die Wahrheit in den Tatsachen suchen) als Widmung für die Parteischule in Yan'an geschrieben habe. Das Prinzip, "die Wahrheit in den Tatsachen suchen", bilde daher das Fundament (und damit auch das grundlegende Prinzip) der "Mao-Zedong-Ideen" und müsse unter den neuen historischen Bedingungen der "Vier Modernisierungen" auch gegenüber den "Mao-Zedong-Ideen" selbst angewandt werden, um sie entsprechend der sich verändernden Wirklichkeit "weiterzuentwickeln".

Im dritten Teil wird zunächst die Wiederherstellung und Entfaltung von fünf von Mao Zedong begründeten "guten Traditionen" des Arbeitsstils der KPCh gefordert: